

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler u. der Arbeiterdiät in der Süßwaren-, Kek-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal 6 Mk.

Er erscheint jeden Mittwoch
Redaktionschluss Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro festgespaltene Nonpareillezeile 1 Mark, für Zeilen 50 Pfg.

Helft dem hungernden russischen Volk!

Infolge des Versagens der Ernte durch die anhaltende Dürre ist das russische Volk in schreckliches Elend gestürzt worden. Hungersnot und Seuchen wüten über das durch die fortgesetzten Anstrengungen der kapitalistischen Mächte ausgeplünderte Land. Sofortige Hilfe ist unbedingt notwendig!

Die Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Sitz Amsterdam) am 13. und 14. August in Berlin fasste folgende Entschließung:

„Die Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Sitz Amsterdam, die am 13. und 14. August in Berlin über die Hungernot in Russland beriet, erklärt ihr tiefstes Mitgefühl mit dem russischen und georgischen Volk, insbesondere mit der notleidenden Arbeiterchaft in beiden Ländern. Die Konferenz nimmt Kenntnis von den spontanen Solidaritätskundgebungen und den Aktionen, die die Arbeiterchaft der angeschlossenen Organisationen bereits in die Wege leitete. Sie beschließt, die schon im Gange befindlichen Sammlungen im Interesse ihrer sofortigen wirksamen Verwendung zusammenzufassen, zu erweitern und zu zentralisieren und bestimmt zu diesem Zweck folgendes:

1. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird beauftragt, sofort einen Aufruf an das internationale Proletariat zu erlassen.
 2. Die gewerkschaftlichen Landeszentralen aller Länder haben die Sammlungserträge der ihnen angeschlossenen Verbände und sonstiger Organisationen, die sich an dem Hilfswerk beteiligen, zu zentralisieren.
 3. Die von den Landeszentralen zentralisierten Beträge werden in Gemäßheit der Anweisungen des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Verfügung gestellt.
 4. Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund zentralisierten Fonds sollen soweit wie möglich zur sanitären Hilfeleistung und zur Beschaffung von Lebensmitteln verwendet werden. Die erste Expedition wird sofort organisiert und unter der Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Russland entsandt.
- Eine Summe von einer Million Mark wird sofort aus Mitteln des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereitgestellt. Die Landeszentralen werden ferner ersucht, Vorstöße zu diesem Zweck zu gewähren. Mit dem roten Kreuz wird unter Wahrung der Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen Aktion auf technischem und organisatorischem Gebiet eine Verbindung hergestellt, um die Transportfrage zu lösen. Die Landeszentralen sind außerdem verpflichtet, auf ihre Regierungen den stärksten Druck auszuüben, um diese zu

unberzüglicher Hilfeleistung für das russische Volk zu bewegen. Zur Bekräftigung dieser Beschlüsse erklärt die internationale Gewerkschaftskonferenz, daß die unternehmene Aktion durch ihre rein menschlichen Ziele angesichts der weltumfassenden Solidarität über allen politischen Meinungsverschiedenheiten steht. Sie ist ein proletarisches Werk, an dem Arbeiter jeder Richtung teilnehmen müssen, trotz der Schwierigkeiten und der schweren Lasten, die auf die Arbeiterchaft aller Länder drücken.“

Kollegen und Kolleginnen! Wir bauen auf Eure Opferwilligkeit und erwarten von Euch allen, daß Ihr nach Euren Verhältnissen dem hungernden russischen Volke helfen werdet!

Wer entgegen den gesetzlichen Bestimmungen in den Bäckereien und in den Konditoreien vor 6 Uhr morgens die Arbeit beginnt und an Sonntagen und gesetzlichen Festtagen arbeitet, begeht ein Verbrechen an der Gesamtkollegenschaft.

Das Existenzminimum im Juli.

Von Dr. R. Kuczynski,
Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im Juli 1921 infolge der Preissteigerung für viele Nahrungsmittel höher als in den 6 Vormonaten und reichlich ebenso hoch wie im Juli 1920. Billiger als im Juli 1920 waren vor allem Hülsenfrüchte und Fette, teurer vor allem Nahrungsmittel, Zucker, Milch. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit waren die Preise nach wie vor ungeheuer hoch. Brot kostete elfmal soviel wie vor 7 Jahren, Margarine dreizehnmal soviel, Milch und Briketts fünfzehnmal soviel, Zucker siebzehnmals soviel, Kartoffeln achtzehnmal soviel. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von Juli 1914 bis Juli 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Zwölffache. In den 4 Wochen vom 4. bis zum 31. Juli wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Juli 1921	Preis Juli 1914
7600 g Brot	2000	188
850 „ Nahrungsmittel	610	36
700 „ Zucker	560	32
Zusammen	3170	256

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 31,70 M zahlen muß, konnte man vor 7 Jahren für 2,56 M kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun im Wochendurchschnitt etwa 5900 Kalorien. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200 ÷ 5900 = 5300 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 24 M, für eine Frau auf 45 M, für einen Mann auf 58 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Juli 1914 für ein Kind 1,73 M, für eine Frau 3,43 M, für einen Mann 4,29 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor 7 Jahren noch billiger, weil insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier

daher für die Vorkriegszeit angesetzt: Kind 1,75 M, Frau 2,80 M, Mann 3,50 M.)

	Preis Juli 1921	Preis Juli 1914
Rationierte Nahrungsmittel	793	64
125 g Roggenmehl	100	4
375 „ Haferflocken	229	19
125 „ Speisebohnen	56	5
2000 „ Kartoffeln	436	24
1000 „ Gemüse	200	14
125 „ Margarine	260	20
1 Liter Milch	354	23
Zuf. für ein sechs- bis zehnj. Kind ..	2428	173
250 g Graupen	162	10
125 „ Speisebohnen	56	5
250 „ Erbsen	129	11
1000 „ Kartoffeln	218	12
750 „ Gemüse	150	11
250 „ Rindfleisch	400	56
125 „ Speck	463	20
500 „ Salzheringe	200	25
125 „ Margarine	260	20
Zusammen für eine Frau ..	4466	343
500 g Reis	360	22
250 „ Speisebohnen	112	11
125 „ Speck	463	20
250 „ Salzheringe	100	18
125 „ Margarine	260	20
Zusammen für einen Mann ..	5761	429

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 10 M (1913/14 5,50 M), für Heizung 17,60 M (1,15 M), für Beleuchtung 7,50 M (75 s). Für Bekleidung, das heißt für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 27 M (2,50 M), Frau 18 M (1,65 M), Kind 9 M (85 s). Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 % (1913/14 25 %) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Gehpaar	Gehpaar mit 3 Kindern
Ernährung	58,—	102,—	151,—
Wohnung	10,—	10,—	10,—
Heizung, Beleuchtung ..	25,—	25,—	25,—
Bekleidung	27,—	45,—	63,—
Sonstiges	36,—	55,—	75,—
Juli 1921	156,—	237,—	324,—
Juni 1921	152,—	231,—	311,—
Mai 1921	140,—	209,—	285,—
Juli 1920	164,—	230,—	324,—
Aug. 1913/Juli 1914 ..	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate seit Januar 1920 vergleiche mein Buch „Wiedergutmachung und deutsche Wirtschaft“, Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W 15, S. 72.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im Juli 1921 für einen alleinstehenden Mann 26 M, für ein kinderloses Ehepaar 40 M, für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 6 bis 10 Jahren 54 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 8100 M, für das kinderlose Ehepaar 12 400 M, für das Ehepaar mit 2 Kindern 16 900 M.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum Juli 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 M auf 156 M, das heißt auf das 9,3fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 M auf 237 M, das heißt auf das 10,6fache, für ein Ehepaar mit 2 Kindern von 28,80 M auf 324 M, das heißt auf das 11,2fache. In dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt höchstens 10 s wert.

Klassenurteil.

Wegen Beleidigung des Vorsitzenden Wischnowski vom gelben Bäckerbund wurde vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg am 5. August unser verantwortlicher Redakteur Kollege P a n t e s zu einem Monat Gefängnis, Ertragung der Kosten und Publikation des Urteils in unserer, der gelben und einer Berliner Tageszeitung verurteilt. Die Beleidigung sollte in einem aus Königsberg i. Pr. eingegangenen Bericht von einer gelben Bäckergesellenversammlung gesehen sein. Obwohl vom Beklagten eidstattliche Erklärungen von Bäckergesellen und Bäckereimeistern aus Königsberg dem Gericht vorgelegt wurden, nach denen die dortige Bäckereinnung 2000 M zur Gründung einer gelben Ortsgruppe jüdelte, und die Bäckereinnung durch Mundschreiben die Mitglieder aufforderte, für einen Auszug der gelben Bundesgesellen unentgeltlich Ausgengeld zu verabfolgen, gelangte das Schöffengericht zu diesem ungeheuren Urteil. In der Vorfragezeit und selbst bei der härtesten Verfolgung der Arbeiterbewegung hätte sich kein Richter gefunden, in solch offenkundiger Weise seinen Haß gegen die freien Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen. Selbstverständlich wurde gegen das Urteil sofort Berufung eingelegt.

Mitgliederstand im Juli.

Unsere Organisation kann auch im Monat Juli eine Mitgliederzunahme verzeichnen. Wir zählten am Schlusse des Monats Juni 39 549 männliche, 26 880 weibliche, zusammen 66 429 Mitglieder, während wir den Monat Juli mit 39 752 männlichen, 27 527 weiblichen, zusammen 67 279 Mitgliedern abschließen. Die Zunahme beträgt somit 203 männliche und 647 weibliche, zusammen 850 Mitglieder.

Nachstehend die Zusammenstellung, wie sich die Mitglieder auf die einzelnen Landesteile verteilen:

Table with columns: Landesteil, Mitgliederzahl Juni, Mitgliederzahl Juli, Zunahme + Abnahme =, and a final total row. Includes regions like Ost- und Westpreußen, Pommern, Berlin und Brandenburg, etc.

Die Verbandsbezirke nehmen an der Zu-beziehungsweise Abnahme wie folgt teil: Es haben ein Mehr: Breslau 106, Oelsig 14, Magdeburg 54, Hannover 82, Kiel 53, Bremen 58, Leipzig 22, Chemnitz 17, Dresden 34, Halle 28, Erfurt 6, Bielefeld 104, Essen 144, Köln 23, Wiesbaden 34, Mannheim 45, Nürnberg 50, München 90, zusammen 1004 Mitglieder. Demgegenüber haben ein Weniger: Danzig 1, Berlin 103, Hamburg 37, Frankfurt a. M. 5, Stuttgart 8, zusammen 154. Das ergibt die obengenannte Mitgliederzunahme von 850.

Kurzarbeit wurde von 18 Zahlstellen mit zusammen 26 968 Mitgliedern berichtet. Danach arbeiten verübrigt:

Table with columns: Stunden, Betriebe, männlich, weiblich, zusammen. Rows for 1-8, 9-16, 17-24, 25 und mehr, and a total row.

Wird die Nacharbeit wiederkommen?

Niemals! werden die Kollegen antworten. Aber noch nie war die Gefahr ihrer Wiederkehr größer als heute zur Zeit der Lockerung der Zwangsmaßnahmen in Bäckereimaterialien. Gemäß der Veranschaulichung der Nacharbeit wieder einzuführen, würde jegliche Menschlichkeit auslösen. Ob diese aber und Erfolg enden würden? Betrachtet man die Widerstände, die bei der Bekämpfung der Nacharbeit zu überwinden sind, mit denen bei der Bekämpfung des Schleichhandels, so fällt die Gleichartigkeit auf. Ein jeder weiß, wie erfolglos der Schleichhandel bekämpft wird, und dies nur deshalb, weil große Volkstrenne Kräfte und Anstrengungen aus ihm zehrt. Es gibt wohl wenige Volkstrennen, die sich frei wissen von der Bekämpfung des Schleichhandels.

Bei den Bemühungen, die Nacharbeit wieder einzuführen — diese Bemühungen werden in Deutschland allenthalben erfolgt betrieben — treten dieselben Erscheinungen zutage. Auf der einen Seite sind es die Bäckereimeister, die des Verdichtes wegen und zur Umgehung zu gewinnen, das Nacharbeit übertrieben. Auf der anderen Seite sehen wir die Konsumenten, die diese Gefahrabwehrung begünstigen, indem sie den Bäckern das gering angebotene Geschäft handlich abnehmen. Entschuldigend! Denn es kann nicht bestritten werden, es ist eine Annehmlichkeit, frühmorgens wieder die letzten Bäckereien auf dem Frühstückstische vorzuführen. Der Vergleich des Reiches des Schleichhandels mit dem der Nacharbeit kann auch nicht ohne Grund, weil der Schleichhandel in der Tat ein wichtiger, der Nacharbeit aber fast gänzlich fehlend war. Denn heute die Stelle des Materialbezugs für die Bäckereien nicht total verstopft gewesen, wenn man sich nur über die Bekämpfung der Nacharbeit keine Illusionen zu machen.

In diesem Vergleich sollte lediglich gezeigt werden, wie wichtig es ist, die gefährlichen Erscheinungen anzugehen. Es ist nicht anzunehmen, dass die Nacharbeit wieder kommen wird, wenn die Bekämpfung nicht erstickt an der Umgehung unterdrückt wird. Ein Fehler liegt hier nicht vor, falls dem Materialbezugs unterdrückt werden der Konsumenten durch die Bekämpfung der Nacharbeit nicht zu vermeiden sein. Und dann ist auch zu bedenken, dass

die Entwicklung ungehindert weiter, so werden die Interessen unserer Organisation stark gefährdet. Man kann heute schon beobachten, daß Betriebe, die dank ihrer Frigidität es fertig bringen, in frühesten Morgenstunden Frühgebäck anzubieten, einen nennenswerten Mehrumsatz zu verzeichnen haben. Dies bedeutet Mehrarbeit. Wird aber ein arbeitsloses Verbandsmitglied vor die Wahl gestellt, entweder arbeitslos zu bleiben oder sich mitgeschuldig zu machen der Sabotage des Nacharbeitverbots — wie wird da in vielen Fällen die Entscheidung fallen? Es ist klar, diese Mitglieder müßten aus dem Verbands ausgeschlossen werden. Was könnte aber die Folge sein? Sicher würden eilige den Weg zum gelben Bund finden, der nun keine Zeit für gekommen erachten würde, den Bäckereimeistern eine wirksame Stütze bei Sabotierung des Nacharbeitverbots zu sein.

Wollen wir erfolgreich gegen die Nacharbeit ankämpfen, so müßten wir durch die Tat einmal den Bäckereien zeigen, wie es möglich wäre, in früher Morgenstunden, bei einem Arbeitsbeginn um 6 Uhr, Frühgebäck fertigzustellen. Damit wäre auch dem Verlangen der Konsumenten Rechnung getragen, um, wie früher, in den Genuss des Frühgebäckes zu kommen. Ist nun die Bäckereitechnik schon soweit fortgeschritten, daß diese einzig und allein mit Erfolg in Betracht kommende Methode zur Bekämpfung der Nacharbeit in Frage kommen könnte? Man beachte folgendes:

Zum Konsumverein Hlensburg wurde zu Anfang dieses Jahres eigens für die Bäckerei eine Kühlanlage gebaut. Soweit bekannt, die erste Bäckerei Deutschlands, die eine derartige Einrichtung schuf. Hier wurde das Problem der Zeit- und -Konjunktierung von den Kollegen in vollkommener Weise gelöst. Besondere Aufmerksamkeit widmete man der Herstellung von Frühgebäck. Es gelang, eine in jeder Beziehung vollwertige Ware herzustellen, die schon um 6 1/2 Uhr den Ofen verläßt. Schon seit einem Monat hat der Konsumverein Hlensburg seinen Betrieb der neuen Methode entsprechend umgestellt. Der Erfolg ist ein vollkommener; das beweist auch, daß auswärtige Fachleute von dem Resultat voll befriedigt waren.

Ueber das Verfahren selbst, das von anderer Seite auch an dieser Stelle besprochen wurde, und in mancher Beziehung für das Bäckereigewerbe enorme Vorteile bietet, dürfte noch an anderer Stelle zu sprechen sein.

Man darf wohl behaupten, wenn dies Verfahren ziemlich allgemein angewandt ist, eine Frage der Nacharbeit nicht mehr besteht. Auch ist es überflüssig, daß die Behörden zu den Festtagen zur Bewältigung der Mehrarbeit Nacharbeit gestatten, da es keinerlei Schwierigkeiten macht, Back- und Kuchenwaren in Reihform „auf Lager“ zu arbeiten, so daß dieselben am Lieferungsstage nur brauchen abgehoben zu werden.

Es ist daher erfreulich, daß die Verbollkommnung der Bäckereitechnik es möglich macht, das schlimmste Uebel in unserm Berufs, unter dem wir lange jaher gelitten haben, die Nacharbeit, endgültig abzutun. Das geht im Hintergrunde sich zeigende Geispen dürfte schnell genug verschwinden. S. Sörensen, Hlensburg.

Zur Schaffung eines Industrieverbandes.

Zum dritten Male sehen die Mitglieder einer Reihe Berufsorganisationen in der Nahrungsmittelindustrie und dem Nahrungsmittelgewerbe vor einer wichtigen Entscheidung. Wenn nicht alles trügt und das alte Sprichwort Wahrheit befreit: zu allen guten Dingen gehören drei, dann dürfte ein seit Jahren in der gesamten Nahrungsmittelbranche lebendiger Gedanke bald Wirklichkeit werden.

Zweimal ist zur Errichtung des Nahrungsmittelindustrieverbandes ein Statut ausgearbeitet und beraten worden, ohne daß damit das Werk gelungen ist. (Stimm nicht. Die Redaktion.) Es waren Frühgeburt, denen die realen Kräfte fehlten. Mit viel gutem Willen und weit gesteckten Idealen und Zielen läßt sich nicht erzwingen, was nicht für die Zeit reif ist. Der uns jetzt vorliegende Entwurf ist nicht das Werk einer jähren Ideologie einer beschränkten Zahl von Köpfen, sondern ist zustande gekommen auf das Treiben lebendiger Kräfte, getragen von zeitlichen und realen Notwendigkeiten. Damit kann und soll nicht gesagt werden, daß uns der Entwurf dem Inhalt und der Form nach befriedigt. Die Kritik wird manches daran anzusehen haben und manche Unebenheiten glätten müssen. Voraussetzung der Kritik ist aber, daß diese auf breiter Grundlage geschieht und alle Beteiligten in allen zuständigen Blättern zu Worte kommen.

Der Mangel, den der veröffentlichte Entwurf trägt, ist, daß er zu sehr das Kompromißprodukt der bisher auf beruflich gegliederter Organisationen darstellt, wovon jeder glaubt, das Beste zu besitzen. Es kann nicht genügend genug betont werden, daß es sich bei der Verschmelzung der drei Organisationen nicht um Verschmelzung im bisherigen Sinne handelt, wie zwischen Bäckern und Konditoren oder Bräuern und Köchen, sondern es handelt sich um grundständig Neues, indem sich mit dieser Verschmelzung bei allen beteiligten Organisationen der Übergang von der Berufsorganisation zur Industrieorganisation vollzieht, wobei keiner zu verlieren, aber alle zu gewinnen haben. Die Einmündungszugewinnung wird scheinbar auch Anspruch darauf erheben, den vorgelegten Entwurf als das einzig Gegebene und der Weisheit letzten Schluß zur Schaffung des Industrieverbandes zu sehen. Es hätte wohl nahe gelegen, daß man bei Ausarbeitung des Entwurfs auf die Statuten anderer, bereits bestehender Organisationen auf industrieller Grundlage zurückgegriffen hätte, als lediglich ein Kompromißwerk zu schaffen.

Zu den einzelnen Teilen und Paragraphen des gesamten Entwurfs wäre zunächst zu sagen, ausgehend von den Grundgedanken des Industrieverbandes müßte der Name der neuen Organisation wohl heißen: Verband der Nahrungsmittel-, Lebensmittel- und Gewürzmittelindustriearbeiter und -arbeiterinnen.

Das Wort Nahrungsmittel und Gewürzmittel bedarf sich mit Begründungen, die bei Anerkennung der Industrie allgemein üblich bei allen amtlichen oder nichtamtlichen Stellen ist, auch grundlegend ist es notwendig das Richtige. Von außerordentlicher Bedeutung für die neue Organisation ist die Zeitungs- und Unterstüßungsfrage. Nicht aus Liebe zum Organ, sondern im Interesse der Erfüllung der Aufgaben der neuen Organisation ist es erforderlich, daß man in dem

Entwurf das bewegliche Beitragswesen vom Verband der Bäcker übernommen hat; vergleicht man dieses Beitragsystem mit dem Beitragswesen der übrigen, auch großen Industrieverbände, so muß man feststellen, daß dieses zu einem großen Teil sich diese Beweglichkeit auch zum Muster genommen haben. Sowohl vom Standpunkt der Finanzierung in der gegenwärtigen Zeit mit den wechselvollen Finanzverhältnissen, als auch vom Gerechtigkeitsfuss der Mitglieder aus betrachtet, verdient es den Vorzug.

Unannehmbar, weil direkt agitations- und organisationshemmend, ist der im § 13 Ziffer 4 festgesetzte Prozentsatz, der den Zahlstellen zur Bestreitung der Unkosten verbleiben soll. Bewegungsfreiheit der Zahlstellen auch in finanzieller Hinsicht ist Voraussetzung für die Entwicklung der Gesamtorganisation. Nicht eine einzige größere Organisation ist vorhanden, die einen annähernd niedrigeren Satz von 6 bis 8 Prozenten 3 % von den Beiträgen zur Bestreitung der lokalen Ausgaben vorzieht, so verbleiben bei Holzarbeitern 25 und 20 %, Transportarbeitern 25 und 50 % der Eintrittsgelder, Fabrikarbeitern 20, 10 und 50 % der Eintrittsgelder. Alle übrigen größeren Organisationen, die geringere Sätze haben, wie die Metallarbeiter, 12 und 6 %, sind auf Grund des Statuts direkt zu lokalen Beiträgen verpflichtet, und betragen diese in der Regel fast 25 % der statistischen Beiträge. Letzteres müßte auch unbedingt festgelegt werden, wenn man an den niedrigen, den Zahlstellen verbleibenden Sätzen beharren will. In dieser Frage sind also schlechterdings zwei Grundätze vereinigt, die sich nicht vereinigen lassen. Im übrigen wäre hierbei gleich die Frage zu prüfen gewesen, ob nicht bei der immer weiter steigenden Geldentwertung auch das Eintrittsgeld erhöht werden könnte auf das Doppelte, Männliche 2 M, Weibliche und Jugendliche 1 M. Bei dem jetzigen Stand der Organisationen und ihren Leistungen tritt heute jedes Mitglied unter ganz andern Bedingungen in die Organisation wie früher, wo jahrelang jeder erst Opfer bringen mußte, bevor Erfolge zu verzeichnen waren. Außerdem würde damit auch eine bedeutende Einnahmequelle für die Organisation geschaffen, die den Mitgliedern doch wieder zugute kommt.

Von wesentlicher Bedeutung sind die im Entwurf vorgeschlagenen Unterstüßungsätze. Gut oder schlecht? Wer wagt zu behaupten. Je nachdem, wie man zur Einrichtung des Unterstüßungswesens der Gewerkschaften überhaupt steht, wird man den Entwurf beurteilen. Grundsätzlich kann auch der neu errichtete Industrieverband der Unterstüßungseinrichtung nicht entbehren, wie überhaupt die Gewerkschaften ohne diese Einrichtung hohle Gefäße wären, bei aller Betonung und Grundsätzlichkeit des Klassenkampfes, den wir in Zukunft verstärkt führen werden und müssen, ob mit oder ohne paragrafisierte Phrasen im Statut; entscheidend ist hier nur die Macht der Organisation in ihrem Aufbau und der Geist der Mitglieder. Was für den einen in der Unterstüßungsfrage also Verschlechterung, wird für den anderen Verbesserung bedeuten oder gebucht werden in dem Satzungsentwurf. Ich halte es begrüßenswert, daß darin die Unterstüßungsperiode für die Empfänger der Zahl der Unterstüßungsstage noch erhöht worden ist, von 60 auf 90 Tage, wogegen die zweierlei Unterstüßungen bei Krankheit und Arbeitslosigkeit kassenmäßig ein Nachteil und wirtschaftlich nicht gerechtfertigt ist, weil ja der Kranke in sozialer Hinsicht heute infolge der Arbeitslosenunterstützung sich nicht im Vorteil befindet gegenüber den Arbeitslosen. Ein Einheitsatz für beide Arten der Arbeitslosigkeit wäre also entschieden gerechter.

Entschieden Bekämpfung erfahren wird die in Vorschlag gebrachte achtundsechzigwöchentliche Unterstüßungsperiode, weil sie für einen großen Teil der Mitglieder — nicht alle — eine wesentliche Verschlechterung nach dem bisherigen Zustande bedeutet, aber nur für Mitglieder mit kürzerer Mitgliedschaftsdauer, während für die höchsten Beitragsklassen und längster Mitgliedschaftsdauer die Höchstsumme der Unterstüßung wesentlich erhöht wird, bei Arbeitslosen von 360 M auf 540 M in der Unterstüßungsperiode. Mit dieser Wirkung konnte man sich durchaus einverstanden erklären. Hierbei ist noch zu bemerken, daß nach und nach alle oder eine Reihe Gewerkschaften die Unterstüßungsperioden von der zweiundfünfzigwöchentlichen heraufgesetzt haben; sie beträgt bei den Transportarbeitern 60, Fabrikarbeitern 65, Metallarbeitern 72, Tabakarbeitern 78 usw. Nicht gut einzusehen ist, warum man nicht gleich eine einheitliche Periode etwa auf 60 oder 65 Wochen einführen will, auch für die neu eingetretenen Mitglieder. Es ist nicht gerechtfertigt, daß ein neu eintretendes Mitglied günstiger gestellt wird als diejenigen, die schon Jahre ihre Pflicht erfüllen.

Unter Teil VIII des Entwurfs muß unter allen Umständen eine Bestimmung aufgenommen werden, die für größere Zahlstellen das Vertretersystem zu den Generalsammlungen ermöglicht, schon in Rücksicht auf die erweiterte Grundlage der neuen Organisation; war es doch schon bisher in den einzelnen Organisationen und Zahlstellen nicht möglich, ohne dieses auszukommen. Die Regelung dieser Frage muß in zu schaffenden Ortsstatuten gelöst werden. Eine wesentlich andere Stellung in der Industrieorganisation dürfen und müssen die in der Außenarbeit tätigen Bezirksleiter erfahren. Vor allem müssen diese für eine wesentlich größere Entlastung der Zentrale dienlich gemacht werden, was aber auch im Statut zum Ausdruck kommen muß. Einen Anfang hierzu kann man im Entwurf erblicken in § 21 Absatz 2, wo man den Bezirksleitern noch Weisiger zur Seite stellt. Aber diese Form der Erledigung hat alle Aussicht, nur Dekoration zu bleiben; vor allem ist notwendig, daß diese Weisiger nicht nur von einer Zahlstelle, sondern vom Vertrauen des ganzen Bezirks getragen werden müssen und in Zahlstellenleiterkonferenzen gewählt und diese für ihre Tätigkeit mit verantwortlich sind.

Also keine weiteren Dekorationen, sondern wirkliche Demotografie auch in dieser Hinsicht, ist was wir brauchen. Ob sich die unter allen Umständen geforderte Reichsaktionsbildung bewährt, darüber muß und soll die Zukunft entscheiden. Der Gedanke ist aber denkbar, daß wir eines Tages zu einem Reichsmantelrat, ähnlich der Holz-, Bau- und Zigarrenbranche usw. kommen für die ganze Nahrungsmittelindustrie. Welche Aufgaben dann die Sektionen erfüllen sollen, vermag niemand zu sagen.

So läßt der Entwurf nicht den Mängeln manchen Mangel erblicken. Es wäre Unheil, zu glauben, irgendeiner anders zusammengekehrte Kommission hätte uns einen Entwurf vorgelegt, der alle ohne Kritik vereinigt hätte. Nicht

die Einzelheiten dieses Entwurfs, auch nicht das uns in Zukunft vereinende Statut sind das Entscheidende. Mit Mängeln behaftet werden wir auch die Umstellung zur Industrieorganisation vornehmen. Die Zukunft wird verbessern, was die Kenntnis im Augenblick verjagt. Ueberblickt man die Statuten und Verfassungen der 49 großen Verbände in Deutschland, so sind alle in Einzelheiten verschieden, im Grundcharakter sind sie alle eine Seele und ein Gedanke; trotz der vielen Abweichungen, und mit wieviel Zufälligkeit kommen manchmal Beschlüsse zustande. Nicht die Einzelheiten im Statut, sondern der Gesamtcharakter der neuen Organisation ist es, der uns die Wege zeigen soll für die Zukunft; trotzdem muß für uns bei Beratung des Statuts der Grundsatz gelten: „Das Beste auch hierin ist gerade gut genug für uns alle.“ Den Entwurf in diesem Sinne zu gestalten zum bindenden Gesetz, das kann nur Aufgabe der letzten Instanz, des gemeinsamen Verbandstages, sein.

Daß der erweiterte Zusammenschluß eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist, kann im Ernst kein objektiver Beobachter der Verhältnisse mehr bestreiten. Bewahren wir uns davor, daß wir nicht konservativ wirken, ohne es zu wollen, und konservativ sind wir, wenn uns der Strom der Zeit überholt oder vorausseilt. Auf industriellem Gebiete machen die Fusionierungen und Konzernbildungen riesenhafte Fortschritte; dazu zwingen jetzt schon die gesamten Existenzbedingungen des ganzen deutschen Erwerbslebens. Dies hat man auch erkannt in der gesamten Gewerkschaftswelt. Die Welt schreitet in verstärktem Tempo vorwärts. Kleinere Organisationen suchen Anschluß an größere Verbände, trotzdem damit oft ein Stück liebgehabter Häuslichkeit in die Brüche geht; die Zeit fordert eben ihre Opfer. So vollziehen sich im Mühlens- und Brauergewerbe überall Neubildungen und Vereinigungen mit strafem Organisationszwang; im Bäckerei- und Schlachtergewerbe wird verschärfte Konkurrenz das Schicksal, diese ähnlichen Bestrebungen zu fördern. Zweifellos würde es ein großer Teil der in der Nahrungsmittelindustrie beschäftigten Arbeiter begrüßen, wenn für sie endlich die Frage klar entschieden ist, wo sie hingehören und mit welchen Interessengruppen gemeinsam verbunden sein könnten. Wie im einleitenden Artikel der „Bäckerzeitung“ von widerstreitenden Interessen bei der Schaffung des Entwurfs gesprochen werden konnte, bleibt mir unverständlich. Gemeinliche Interessen aller beteiligten Organisationen und der heute noch nicht zu uns gehörigen Arbeiter und Arbeiterinnen zwingen uns zu diesem Schritt. Sind etwa nach vollzogener Gründung die Interessen anders gelagert als heute? Oder sind die großen Schokoladen- und sonstige in den jetzigen Zentralverbänden vereinigten Großbetriebe keine Syndikatreifen und monopolreife Betriebe, wie Brauereien oder Brennereien oder Mühlen; und bestehen nicht auch jetzt neben diesen die vielen kleinen handwerksmäßigen Bäckereien und Müllereien noch nebenbei. Diesen Standpunkt anerkennen, erfordert es letzten Endes eine Rückwärtsbewegung, weil uns die Verhältnisse vorausseilen in der Betriebsbildung. Welche Rechte irgendeiner der Organisationen aufgegeben werden sollten, ist mir unklar; aber klar ist mir, daß wir als Industrieorganisation nach außen hin mehr Macht, mehr Einfluß und Stütze gewinnen werden und müssen. Das ist keine willkürliche Annahme, sondern einfach Gesetz im Sinne des Natürlichen.

In wie vielen Orten spielen heute die einzelnen Vertreter der Nahrungsmittelbranche durch das Erstarken der übrigen Gewerkschaften eine verächtliche oder verstaubte Rolle, weil jeder seine Wege geht, weil die größeren Verbände das Feld beherrschen, nicht mit Absicht, sondern aus begreiflichen Gründen, die niemand sucht. Mit Errichtung des Industrieverbandes treten wir mit einem Schlag in die Reihe der gewerkschaftlichen Großmächte mit über 100 000 Mitgliedern, was keiner der einzelnen Organisationen allein möglich ist. Wie viele Bahnhöfe in mittleren Orten schweben heute ständig zwischen Leben und Tod, gehen ein, müssen neu gegründet werden, weil sie allein keine Stütze fanden aus persönlichen oder wirtschaftlichen Gründen. Wo wirklich Leute vorhanden sind, fehlt ihnen jede Existenzmöglichkeit, weil die Zahl der Mitglieder zu gering oder ohne Einfluß ist. Wir appellieren ständig an andere Gewerkschaften und lassen das Nachstehende ungenutzt. Vereint bilden wir alle Pfeiler und Bausteine zu einer tragfähigen Industrieorganisation mit größerer Stabilität als heute. Die Unternehmer, soweit das Handwerk in Frage kommt, haben sich außerordentlich schnell den Verhältnissen angepaßt und sind uns in vielem voraus. Allorts bilden sie Sekretariate, wo ein Syndikat angestellt ist und ihre Interessen vertritt. Bei Lohnstreitigkeiten vertreten diese Herren den Schlachter, den Bäcker, den Schneider, den Schuhmacher. Wie ein Windhauch ist heute aller Berufsdümel verschwunden und wir reden von grundverschiedenen Verhältnissen in der Nahrungsmittelbranche; diese Anschauung hat keinen Raum mehr. Bedeutet der Entwurf wirklich ein Kompromiß, dann soll er es sein zu einer höheren Einheit zum Wohle aller in der Nahrungsmittelbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Fast alle Verbandstage der freien Gewerkschaften beschäftigen sich im letzten Jahre mit der Frage der Bildung von Industrieverbänden und -zusammenschlüssen. Eine ständige Abnahme der Verbände der Zahl nach deutet ja auch darauf hin, wie die Entwicklung geht. So hatten wir 1891 nicht weniger als 62 Verbände, die infolge Neugründungen sogar auf 66 stiegen, und 1913 waren es noch 49. Eine Reihe Verschmelzungen stehen bevor, insbesondere im Baugewerbe, wo sich Maler, Köpfer, Kuppelwerke mit dem Gedanken des Anschlusses tragen. Schiffszimmerer schwanken noch, ob sie Anschluß bei Holz- oder Metallarbeitern suchen. Friseur wollen sich mit dem Bekleidungsgerwebe verschmelzen. Berg- und Holzarbeiter betonen erneut die Notwendigkeit der Industrieverbände. Selbst die Tabakarbeiter, die vorläufig passiv gegenüber der Verschmelzung stehen, halten die Industrieorganisation für die gegebene Form und die Berufsverbände als überholt. Der neu zu errichtende Industrieverband vertritt nicht die reißlose Erfüllung dieses Gedankens, aber er schafft die Grundlage, auf der die Entwicklung gestirkt weiterstreben kann und muß.

Sich im Strome der Entwicklung befinden und diese fördern mit allen Mitteln, auch in der Form der Organisation, heißt wirklich revolutionär — nicht schreiben — sondern handeln. Mit Verwirklichung des Industrieverbandes wird eine wesentliche Voraussetzung auch in der Richtung zum Sozialismus erfüllt.

Daß mit der Verwirklichung des Gedankens auch wesentliche praktische Erfolge verbunden sein müssen, wenn auch nicht gleich vom Tage des Zusammenschlusses, darf als sicher gelten; zweifellos wird eine größere Auswertung der Mittel der Organisation die Folge sein. Man lese hierüber nur die trefflichen Ausführungen des Genossen Ellinger über die Einheitsgewerkschaft im Baugewerbe in Nr. 29 des „Korrespondenzblattes“, die in hohem Maße auch für die Nahrungsmittelindustrie Geltung haben. Im gleichen Sinne äußerten sich respektive beschloß eine Konferenz der Ortsauschüsse in Nürnberg am 2. und 3. April dieses Jahres.

Also Kollegen und Kolleginnen, aller Branchen im Land! Euch hat die Einundzwanzigerkommission zum Richter über den veröffentlichten Entwurf aufgerufen, aber auch durch die festgelegte Urabstimmung zum Richter über die Organisationsform der Zukunft und damit zum eigenen Schicksal. Prüfet genau und entscheidet Euch in der Richtung nach vorwärts. Sorgt an der Wahlurne dafür, daß ein Gedanke, den unsere Vorkämpfer und Weiten der Organisation nie aus den Augen verloren haben — die Einheitsfront aller im Nahrungsmittelgewerbe und der Nahrungsmittelindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen herzustellen — aus der nie zur Ruhe kommenden Diskussion heraus, zur praktischen Verwirklichung geführt wird. Die Saat ist reif. W. Friedrich.

In Nr. 34 der „Verbands-Zeitung“ des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes bemerkt die Redaktion:

„So, wie bisher die Diskussion über die Verschmelzung geführt wurde, ist sie nicht der Sache entsprechend und wirkt irreführend. Die „Richtlinien“ betreffs Einrichtung eines Lebens- und Genussmittelarbeiterverbandes“ besagen klipp und klar: „Das Abstimmungsobjekt ist klar zu umschreiben.“ Das haben die Sechser- und Einundzwanzigerkommission, die die Richtlinien und den Satzungsentwurf entworfen und durchberaten und dabei alle Umstände in Betracht gezogen haben, getan. Der Satzungsentwurf, wie er vorliegt, ist das Ergebnis langer Beratungen mit dem Ziele, die neue größere Organisation, die die verschiedenen Arbeiter- und Berufsgruppen umfassen soll, auch lebens- und aktionsfähig zu machen. Es hat nicht den geringsten Wert und schafft nur Unklarheit, in der Diskussion die Hoffnung zu erwecken, als ob bei den im Satzungsentwurf vorgeschlagenen Beiträgen noch irgendwie eine Erhöhung einer Unterstützung in Frage kommen könnte. Das Abstimmungsobjekt ist klar umschrieben. Wer für die Verschmelzung stimmt, hat auch für den Satzungsentwurf, wie er vorliegt, gestimmt.“

Konditoren

Aus den Sektionen.

Altenburg. Die Tariflöhne werden vom 29. August an um 30 M. erhöht. Es erhalten die Gehilfen über 24 Jahre 250 M., von 20 bis zu 24 Jahren 230 M., unter 20 Jahren 200 M. und im ersten Gehilfenjahre 180 M. Wo Kost und Wohnung gewährt wird, kann der Betrag von 80 M. in Anrechnung gebracht werden.

Frankfurt a. M. Für die in den Bäckereien beschäftigten Konditoren wurden vom 15. August an neue Tariflöhne vereinbart. Sie betragen pro Woche für Gehilfen unter 20 Jahre 300 M. und für Gehilfen über 20 Jahre 340 M.

Hamburg-Altona. Eine überfüllte Versammlung des hiesigen Städtegebietes beschäftigte sich am 17. August mit dem bevorstehenden Lohn- und Tarifkampf. Seit Mitte Mai beantragen die Konditoren eine Regelung der Löhne, jedoch ohne Erfolg. Selbst Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß hatten kein Ergebnis. Dieser erkannte die Notwendigkeit einer Verbesserung der Löhne an, die Prinzipale lehnten seinen Vorschlag ab. Es blieb nun den Gehilfen kein anderer Weg, als nunmehr auf Grund der jetzt anstehenden Preise für alle zum Leben notwendigen Dinge, neue Forderungen zu stellen. Beantragt werden für Gehilfen bis 2 Jahre nach beendeter Lehrzeit 300 M., bis zum 24. Lebensjahre 350 M., über 24 Jahre 375 M., für verantwortliche Leiter entsprechend mehr. Es wurde dabei betont, daß der Beruf an sich eine gewisse Kunstfertigkeit und Ausbildung voraussetzt. Die Lehrzeit wird ohne Entschädigung geleistet, in einigen Fällen wird noch Zahlung an die Meister für die Ausbildung gewährt, so daß nach Lage der Sache die Gehilfen einen Wert darauf legt, wenigstens einigermaßen im Gleichgewicht mit allen übrigen gelernten Facharbeitern zu bleiben. Die Aussprache zeigte, wie elend es in den Kreisen der Gehilfen aussieht, die bei all den Herrlichkeiten, die sie herstellen müssen, nicht einmal existenzfähig bleiben können. Der Wille beherrschte die Versammlung, alles daran zu setzen, um die Lebenslage zu verbessern.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Telegrammadresse: Bäckerverband Hamburg.

Quittung.

Vom 14. bis 21. August gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Juli: Augsburg 1244,20 M., Danzig 6310,20 M., Nachen 1690,50 M., Grefeld 1843,60 M., Uchersleben 145 M., Berlin 97 046,30 M., Viefelsfeld 9826,40 M., Grimmitzschau 363,40 M., Alschaffenburg 112 M., Bauen 357,60 M., Deilmold 726,60 M., Essen 3918,40 M., Kaiserslautern 242,10 M., Plauen 2337,40 M., Rosenheim 234,80 M., Rüstingen 939,30 M., Stendal 160,20 M., Nim 563,60 M., Adorf 175,20 M., Annaberg 444 M., Dessau 492,50 M., Göttingen 378,40 M., Freiburg 2831,10 M., Ilmenau 460,20 M., Lötzbach 1901,50 M., Schwerin i. M. 1389,40 M., Stettin 6438,50 M., Stuttgart 9771,40 M., Tilsit 283,80 M., Traun-

hein 48,40 M., Waldenburg 310,60 M., Weisensfeld 210,80 M., Würzen 1806,20 M., Zwickau 1032,50 M., Potsdam 1326,70 M., Brandenburg 755,80 M., Duisburg 1769,40 M., Hamersleben 476,70 M., Lübeck 2607,40 M., Deynhausen 185,50 M., Oldenburg 557,80 M., Rendsburg 547,60 M., Stargard 223,15 M., Werder 1302 M., Wigenhausen 218,80 M., Rudolstadt 276,20 M., Bayreuth 2143,30 M., Uetersen-Gimshorn 334,60 M., Bremen 13 574,20 M., Binneberg 159,80 M., Sonneberg 306 M., Osnabrück 643 M., Apolda 472,60 M., Bad Reichenhall 164,60 M., Bochum 987,80 M., Braunschweig 2306,50 M., Forst 183,40 M., Hildesheim 478,40 M., Kiel 5256,30 M., Lüdenscheid 134 M., Kiefa 588,80 M., Biersen 4498,30 M., Weiswasser 88,20 M., Chemnitz 4581,90 M., Leisnig-Döbeln 982,60 M., Hirschberg 1097,60 M., Solingen 2097,60 M., Eisenach 347,80 M., Breslau 6151,70 M., Zauer 36 M., Rattowitz 378 M., Liegnitz 768,40 M., Löbau 383,40 M., Mannheim 5517,60 M., Suhl 287,40 M., Trier 459,40 M., Reiz 4569,40 M., Herne 235,10 M., Karlsruhe 931,90 M., Pirna 790,50 M., Necklinghausen 263,40 M., Mainz 3512,70 M., Wiesbaden 3460,40 M.

Für Juni: Tilsit 132 M., Hamersleben 412,50 M.
Von Einzelzahlern der Hauptkasse: F. R. Schley (R. j. L.) 60 M.

Für „Technik und Wirtschaftswesen“: Augsburg 60 M., Nachen 13,50 M., Grefeld 88,20 M., Grabow 13,50 M., Rosenheim 14,85 M., Kaiserslautern 9 M., Rüstingen 67,50 M., Essen 122,85 M., Bauen 40,50 M., Deilmold 3 M., Stendal 10,80 M., Grimmitzschau 8,10 M., Tilsit 8,10 M., Hamersleben 17,55 M., Adorf 16,20 M., Annaberg 22,40 M., Göttingen 10,80 M., Ilmenau 16,20 M., Traumstein 2,70 M., Zwickau 36 M., Schwerin 22,95 M., Potsdam 36,45 M., Brandenburg 1,50 M., Deynhausen 4,50 M., Oldenburg 37,80 M., Rendsburg 9,45 M., Stargard 39,65 M., Werder 4,50 M., Wigenhausen 4,50 M., Bayreuth 33,10 M., Osnabrück 20,25 M., Kiefa 7,50 M., Apolda 7,50 M., Braunschweig 17,55 M., Biersen 13,50 M., Hildesheim 12,15 M., Solingen 19,50 M., Hirschberg 41,85 M., Leisnig-Döbeln 12 M., Chemnitz 156 M., Suhl 3 M., Reiz 12,15 M., Mannheim 58,05 M., Breslau 16,20 M., Rattowitz 2,70 M., Liegnitz 8,10 M., Löbau 1,50 M., Trier 24 M., Pirna 43,60 M., Karlsruhe 58,05 M.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung“: Danzig 7 M., Hamersleben 7 M., Adorf 14 M., Zwickau 14 M., Potsdam 7 M., Stargard 7 M., Rattowitz 7 M., Herne 7 M.

Für Jahrbücher: Augsburg 15 M., Würzen 30 M., Waldenburg 5 M., Kiefa 2 M., Mannheim 5 M., Rattowitz 10 M., Essen 39 M.

Für Protokolle: Mannheim 4 M., Rattowitz 4 M.

Mit der Hauptkasse restieren für Juli: Amberg, Beuthen, Buer, Colibus, Friedberg, Gelsenkirchen, Gleiwitz, Gotha, Greifswald, Hanau, Hindenburg, Hof, Ingolstadt, Kolberg, Minden, Oberhausen, Paderborn, Reichenbach, Remscheid und Saarbrücken.

Abrechnung ohne Geld gesandt: Freiberg, Spremberg, Saalfeld, Sorau und Mühlheim.
Geld ohne Abrechnung gesandt: Marktredwitz und Meissen.
Der Hauptkassierer. O. Freitag.

Aus den Bezirken.

Nachen. Adressenänderung. Vom 15. August an befindet sich das Bureau im Gewerkschaftshaus, Kleinföhrstr. 18. Sämtliche Zuschriften sind nach dort an Karl Buchalla zu richten.

Lüdenscheid. Die Adresse des Kassierers ist: Arthur Diehweger, Kluserstr. 11.

Saalfeld (Bezirk Halle). Die Adresse des Vorstehenden ist: Ernst Wohlfarth, Garnsdorf b. Saalfeld a. d. S., Nr. 36.

Sterbetafel.

Dresden. Hugo Hahnel, 51 Jahre alt, gestorben am 11. August.

Paul Köhler, 42 Jahre alt, gestorben am 3. August.

Hamburg. Heinrich Barg, 46 Jahre alt, gestorben am 6. August.

Ada Krüger.

Ehre ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streit.

Bäcker.

Die Löhne im Magdeburger Bäckergewerbe wurden vom 15. August an wie folgt festgesetzt: Gesellen bis zu 20 Jahren 275 M., von 20 bis 24 Jahren 295 M. und für ältere und in Großbetrieben arbeitende Gesellen 320 M.

Die Lohnbewegung in Regensburg ist am 4. August zum Abschluß gekommen. Die Löhne betragen nunmehr für Schiefer 265 M., für Mischer 265 M., für zweite Postler 215 M. und für letzte Postler 175 M.

Der Tarifnachtrag in Schweinfurt sieht vom 11. August an folgende Löhne vor: Gehilfen bis zum 19. Lebensjahre 200 M., bis zu 20 Jahren 214 M., bis zu 24 Jahren 242 M. und in verantwortlicher Stellung 266 M.

Nach der Vereinbarung mit der Bäckereinnung Würzburg wurden die Löhne vom 21. August an für letzte Gehilfen um 75 M., für Leigmacher um 85 M. und für selbstständige Gehilfen um 100 M. pro Woche erhöht, so daß die Löhne nunmehr 213, 250 und 280 M. betragen.

Durch Verhandlungen mit der Bäckereinnung Zwickau wurden die Löhne vom 15. August an um 75 M. erhöht. Diese betragen nun 275 beziehungsweise 295 M.

Im Konsumverein Viefelsfeld wurden die Löhne rückwirkend vom 29. Juli an wie folgt festgesetzt: Bäcker 320 M., Leigmacher 326 M., Ofenarbeiter 329 M., Schichtführer 330 M., Bäckereihilfsarbeiter 319 M., Arbeiterinnen 175 M. Das Backmeistergehalt beträgt monatlich 1700 M.

Die neuen Löhne in Freiburg i. Br. betragen nach der Vereinbarung mit der Bäckereinnung vom 15. August an für erste Gehilfen 290 M., für zweite Gehilfen 280 M. und für Gehilfen im ersten Jahre nach der Lehre 265 M. Für eventuell gewährte Kost und Wohnung können 90 M. pro Woche abgezogen werden. Im Konsumverein werden vom 16. August an einheitlich 340 M. Wochenlohn bezahlt.

Die Tariflöhne in Heidelberg betragen vom 16. August an: 330 M. für selbstständig arbeitende und verheiratete Gehilfen, 320 M. für Leigermacher und zweite Gehilfen, 280 M. für Gehilfen in den ersten 2 Jahren nach der Lehre.

Nach den Vereinbarungen mit der Bäckereinnung Karlsruher werden vom 16. August an 290 M. für erste und verheiratete Gehilfen, 280 M. für zweite Gehilfen und 260 M. für Gehilfen in den ersten beiden Gehilfenjahren gezahlt.

In den Großbetrieben Osnabrücks wurden die Löhne vom 15. August an wie folgt neu festgelegt: Konsumverein 315 M., Bäckerei-Genossenschaft 312 bis 315 M., Brotfabrik Wischmeyer 313 bis 315 M. für Bäcker und 307 M. für Hilfsarbeiter. Außerdem wurde mit dem Bäckermeister Jürgensmann ein Lohnvertrag abgeschlossen, der die Löhne von 307 M. bis herab zu 285 M. festsetzt.

Bezirk Frankfurt a. M. Im zweiten Quartal dieses Jahres konnten in den Städten Aschaffenburg, Hanau a. M., Hienburg, Wehlar und Offenbach a. M. im Bäckerei- und Konditoreigewerbe für 156 Personen an Lohnerhöhungen erzielt werden wöchentlich 7600 M. oder pro Kopf und Woche durchschnittlich 49 M. In der Süßwarenindustrie in einem Betrieb für 33 Personen 495 M. pro Woche oder 15 M. pro Kopf. Zusammen 8155 M. pro Woche.

Die neuen Tariflöhne in Frankfurt a. M. betragen vom 15. August an für Schiefer und Schichtführer 340 M., Leigermacher 335 M., Lehrgelhilfen 330 M. und für Gehilfen unter 19 Jahren 280 M. pro Woche.

Mit der Bäckereinnung und den Brotfabrikanten in Offenbach a. M. wurde folgender neuer Lohnvertrag vom 15. August an festgesetzt: Schiefer und Schichtführer 360 M., Leigermacher 350 M., Lehrgelhilfen 310 M. und für die Ausgelernten in den ersten beiden Gehilfenjahren 250 M. pro Woche.

In Höchst a. M. gelten vom 15. August an nachstehende Tariflöhne: Schiefer und Schichtführer 360 M., Leigermacher 350 M., Lehrgelhilfen 320 M. und für die Ausgelernten in den ersten beiden Gehilfenjahren 280 M. pro Woche.

Fabrikbranche.

Erhöhung der Löhne in der Marmeladenfabrik A. Goh in Bichpau. Vom 1. August an wurden die tariflichen Stundenlöhne wie folgt festgesetzt: Arbeiter über 20 Jahre 5,50 M., von 13 bis 20 Jahren 5 M., von 16 bis 18 Jahren 4,70 M., unter 16 Jahren 4,50 M., Arbeiterinnen über 20 Jahre 4 M., von 13 bis 20 Jahren 3,90 M., 16 bis 18 Jahren 3,60 M., unter 16 Jahren 3,30 M.

Korrespondenzen.

Bäcker.

Streik. (Der Kampf gegen die Nacharbeit.) Zu einer Versammlung, zu der sowohl die Arbeitnehmer als auch die Arbeitgeber nach dem Gewerkschaftshaus eingeladen waren, schilderte Kollege Hoff die gegenwärtigen Verhältnisse und protestierte entschieden dagegen, daß sowohl Sonntagsarbeit als auch Nacharbeit geleistet werde. Ebenfalls ist die Notwendigkeit einzusehen, daß die Behörde der Firma die Erlaubnis erteile, daß sie nachts backen dürfe. Dies alles sind die Forderungen, die wieder zu dem unwürdigen Verhältnis führen, unter dem die Bäckergehilfen in früheren Zeiten so schwer gequält haben. Die Arbeitnehmer und auch ein großer Teil der Arbeitgeber werden es nie wieder zulassen, daß die alten Verhältnisse wiederkehren. Einmütig wurde folgende Entschliessung angenommen: Die am 10. August 1921 versammelten Bäckergehilfen und Bäckermeister protestieren ganz energisch gegen die Durchbrechung der Verordnung über die Nacht- und Sonntagsarbeit im Bäckergewerbe. Sie erwarten von den Regierungs- und Kommunalbehörden sowie Gewerbeaufsichtsbehörden, daß gegen die Gesetzesverstöße in jeder Form vorgegangen und jeder Uebertretungsfall der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht wird. Die Bäckergehilfen sowie Bäckermeister versichern, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß niemals die Angehörigen des Bäckergewerbes durch die Nacht- und Sonntagsarbeit wieder zu rechtlichen dritten Standes herabgewürdigt werden. Mit der Mahnung, treu zur Organisation zu halten und für ihre Ausbreitung zu sorgen, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung, zu der auch eine Reihe Meister erschienen waren.

Fabrikbranche.

Sicherleben. Eine gut besuchte Versammlung der Beschäftigten in der Süßwarenindustrie nahm am 14. August zur neuen Lohnregelung Stellung. Mit der vom Verbandsverband eingetragenen Forderung an den Zentralausschuß lauteten sich die Versammelten nicht einverstanden erklären. Eine Erhöhung von 2 M. bis 2,50 M. sei das mindeste, was in der jetzigen Zeit der enormen Teuerung gefordert und durchgesetzt werden muß. Die Versammlung war sich darin einig, daß wir bisher stets mit neuen Forderungen sehr zurückhaltend waren. Wenn die Unternehmer auch diesmal ihren Widerstand nicht aufgeben, dann muß mit elementarer Gewalt die Erzeugung zum Durchbruch kommen.

Streik. Eine von mehr als 600 Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Köster besetzte Versammlung am 15. August nahm zur Lohnfrage Stellung. Vorsitzender Domas berichtet, daß antragsgemäß die Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes um 3 M. an den Bezirksausschuß überreicht wurde. Dort sei jedoch von den Arbeitgebern die Auffassung vertreten, daß für die Forderungen der Zentralausschuß zuständig sei. Dieses Standpunkt kann man bei allen Nutzungen der Arbeiterschaft auf Lohnherabsetzung mahnen. Auch die Verhandlungen der Organisationskommission und des Arbeiterrates mit der Firma habe zu keinem Ergebnis geführt. Hier wurde sogar von den Vertretern der Firma das Arbeiterkomitee erklärt: die Kollege können sich nicht so schämen sein, weil die meisten Arbeiter Klerikale zur Bewachung haben und dadurch sehr viele

gepart werden kann. Diese Nebenarten des Dr. Willinger müssen wie Hohn klingen gegenüber den Tatsachen, daß doch die Firma selbst im Vorjahre sich gezwungen sah, Tausende von Zentnern Kartoffeln und Gemüse für die Betriebsbeschäftigung anzuschaffen. Die Firma weiß auch ganz gut, daß nur ein kleiner Prozentsatz der Arbeiter Gartenland besitzt, die bei den minimalen Erträgen nicht einmal auf eine Entschädigung ihrer eigenen Arbeitsleistung kommen. In der Diskussion kam der Unwille über die Behandlung der Lohnfrage scharf zum Ausdruck. Es wurde beschlossen, an der Forderung festzuhalten. In den Zentralausschuß wurde eine diesbezügliche Entschliessung gesendet.

Zeit. Eine von den Beschäftigten in der Stif- und Leigwarenindustrie sehr gut besuchte Mitgliederversammlung am 11. August beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Teuerung und den neuen Lohnforderungen. Das jetzige Lohnverkommen liege in gar keinem Verhältnis zu der enormen Preissteigerung in den letzten Wochen. Es sei unmöglich, daß die Arbeiter mit ihrem Verdienst die Existenz fristen können. Eine Lohnerhöhung von 2,50 M. pro Stunde müsse unter allen Umständen erreicht werden, als das mindeste, was die Arbeiter und Arbeiterinnen zum Leben gebrauchen. Nach dem vom Kollegen Hartz erstatteten Kasienbericht, der zu Erinnerungen keinen Anlaß gab, wurde eine Resolution angenommen, in der vom ADGB verlangt wird, auf Grund seiner 10 aufgestellten Forderungen sämtliche freien Gewerkschaften zu einer Aktion aufzurufen. Die meisten Lohnbewegungen und Streiks werden von den Verbandsvorständen zumungunsten der Arbeiterschaft geführt, deren Familien nach und nach immer mehr in das Lager des Lumpenproletariats hinabgestoßen werden. Der gesamten Arbeiterschaft aller Parteirichtungen wird zugerufen, in allen Gewerkschaftsversammlungen derartige Anträge zu stellen, um durch die Geschlossenheit eine Einheitsfront aller Gewerkschafter herzustellen, die die Macht hat, den ADGB zu zwingen, seine eigenen Forderungen durchzuführen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Zentralverband der Maschinisten und Feizer verzeichnete am Schlusse des Vorjahres 100 287 Mitglieder. Der Verband mußte im Berichtsjahre einen ständigen Kampf gegen die „Technische Nothilfe“ führen, der allerdings noch nicht endgültig zugunsten des Verbandes entschieden ist. Erreicht wurde aber, daß die Entwicklung der technischen Nothilfe andere Wege nahm als ursprünglich beabsichtigt und deshalb den Gewerkschaften weniger gefährlich wurde. Bei den Lohnkämpfen wurde im vergangenen Jahre eine Erhöhung der Jahreslohnsummen um 263 Millionen Mark erzielt und die Arbeitszeit wöchentlich um insgesamt 87 256 Stunden gekürzt. Zurzeit laufen 550 Tarifverträge. Den Einnahmen im letzten Jahre von 7,3 Millionen Mark standen 9,1 Millionen Mark Ausgaben gegenüber. Die erst kürzlich in Karlsruhe stattgefundene Generalversammlung beschäftigte sich mit der Stabilisierung der Verbandsfinanzen.

Die Urabstimmung im Kürschnerverband über die Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiterverband ergab folgendes Resultat: Abgegeben wurden 4806 Stimmzettel = 52% der Mitglieder. Für die Verschmelzung lauteten 2680 Stimmzettel, dagegen 2091 Stimmzettel. Mit diesem Ergebnis ist die beschlossene Zweidrittelmehrheit nicht erreicht und trotz der Mehrheit der Abstimmer die Verschmelzung vorläufig abgelehnt. Ueberraschend ist, daß die Filiale Berlin nur 233 Stimmen für, jedoch 887 gegen die Verschmelzung aufbrachte.

Allgemeine Rundschau.

Moloch Militarismus. Das englische Kriegsministerium veröffentlicht eine Mitteilung über die Stärke der stehenden Heere auf dem Kontinent. Zurzeit beträgt demnach das Militär in

Table with 2 columns: Country and Number of Soldiers. Includes France (809,000), Poland (660,000), Serbia, Romania (1,690,000), Czechoslovakia, Belgium (1,350,000), Portugal (30,000), Switzerland (154,000), Denmark (154,000), Greece (250,000), Spain (1,907,000), Sweden (562,000), Norway (15,400), Finland (35,000), Hungary (35,000), Germany (1,000,000), Austria (30,000).

Frankreich und Polen sind demnach am stärksten vom Nahrungsmangel befallen.

100 000 Familien in Berlin ohne Wohnung. Die Wohnungsfrage — Not kann man schon nicht mehr sagen, wenn der Leiter des Berliner Wohnungsamts, Dr. de Raporte — nimmt immer noch schlimmere Formen an. Allein in Berlin, so schätzt der Genannte, sind etwa 100 000 Familien ohne Wohnung. Das man bei andern Hunderttausend so nennt, ist bekannt. Dr. de Raporte weiß kein anderes Mittel dagegen anzuführen, als die beschärfte Zwangsquartierung. In der Tat gibt es in Berlin — und überall sonst nicht minder — noch sehr viel Wohnraum, der in einer Zeit wie der gegenwärtigen allen Bedürftigen als Lagerschein erscheinen muß. Reich und Staat lassen einengen, mahnt de Raporte. Gefahr ist im Verzuge. Das fordern die Vertreter der Arbeiterschaft seit Jahren. Leider ohne hinreichenden Erfolg. Die Herrschenden bemerken es nicht, daß sie auf einem Vulkan tanzen.

Gewerkschaftliches.

Die Umsätze der Großhandels-Gesellschaft Deutscher Gewandverleiher m. B. G. im ersten Halbjahr 1921 beliefen sich auf 788 555 751 M. oder 307 600 113 M. mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Umsatz selbsthergestellter Gegenstände betrug 74 847 175 M. oder 4 547 655 M. weniger als im ersten Halbjahr 1921. Der Rückgang im Umsatzwert der Gegenstände der Eigenproduktion beruht insbesondere aus dem Sinken der Preise für Seiden und Seidenstoffe.

Eingegangene Bücher und Schriften.

Kapital und Arbeit als Kapitalismus und Sozialismus oder Staats- und Volkswirtschaft. Von Emil Wiff. Verlag für Welt- und Staatssozialismus, Berlin-Schöneberg.
Sozialismus und die Sozialisierung. Von Max Cohen. Verlag „Firn“, Berlin.
Internationale Arbeiter-Bibliothek. Band 8: Das Sozialisierungsproblem in Deutschland. Von Spectator. Verlag A. Seehof, Berlin.

Der Arbeiter-Notizkalender 1922 gelangt Anfang September dieses Jahres bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, zur Ausgabe. Während er im Vorjahre aus Preisrückfällen nur mit einem kaschieren Kartenumschlag versehen war, präsentiert er sich diesmal wieder in einem festen, schönen Einband mit künstlerischer Wignette. Der Textteil hat eine ganz neue und umfangreichere Ausgestaltung erfahren. Ein beachtenswerter Artikel über die aktuelle Siedlungsfrage wird allgemein interessieren. Das Adressen- und statistische Material ist auf den neuesten Stand gebracht und bedeutend erweitert, wie zum Beispiel durch die Bildungs-, Kunst-, Sport- und Wohlfahrtsorganisationen, ferner durch umfangreiche Darstellung der politischen Kräfteverhältnisse im Reich und in den Ländern und anderes mehr. Auch sonst gibt der Arbeiter-Notizkalender über wichtige und wissenschaftliche Dinge Aufschluß. Seinem Zweck als Merkbuch wird er dadurch besser entsprechen, daß in dem großen Kalenderium leere Blätter für Notizen eingeschaltet sind. Der Preis beträgt 4 M., der in Anbetracht des reichen Inhalts und des schönen, haltbaren Einbandes als sehr mäßig bezeichnet werden muß. Der Arbeiter-Notizkalender ist von jeder Parteibuchhandlung zu beziehen.

„Die Sozialistische Gemeinde“ Nr. 16 ist soeben erschienen. Inhalt: Sozialistische Arbeitsgemeinschaften. Dorfpolitik. — Der Wohnungsbau und unser Ziel. — Die Realsteuern und die Gemeinden. — Gemeindeordnung und Bezirksverwaltung im Freistaat Sachsen. — Gemeindevahlen im Freistaat Sachsen. — Die Luftbarkeitssteuerordnung des Reichsrats. — Das Musterländchen des rechtssozialistischen Oberpräsidenten Göring. — Kleine Nachrichten. — Aus den Gemeinden.

„Die sozialistische Gemeinde“ erscheint zweimal monatlich. Preis der Einzelnummer 1 M., vierteljährlich 6 M. Bestellungen bei allen Postanstalten und Parteibuchhandlungen.

Spätestens am 27. August ist der 35. Wochenbeitrag für 1921 (28. August bis 3. Sept.) fällig.

Versammlungs-Anzeiger

- Sonntag, 28. August:
Dresden, 9 1/2 Uhr im „Schwarzen Hof“, Theaterstraße.
Wiesbaden. (Schrlinge.) Im Gewerkschaftshaus, Wehrstr. 10, 1. Et.
Dienstag, 30. August:
Leipzig. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im „Reglerheim“, Nordstr. 17.
Mainz. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im Restaurant „Gutenberg“, Stadthausstraße.
Nürnberg-Fürth. (Konditoren.) Im „Frischbrot“, Nürnberg, Buntgasse.
Ratibor. 6 Uhr im Volkshaus.
Mittwoch, 31. August:
Cassel. (Konditoren.) 8 Uhr im Restaurant „Friedrichsplatz“.
Coblenz. 8 Uhr im Restaurant „Zum Kronprinz“, Altengraben 14.
Düren i. Rhld. 7 Uhr im Restaurant „Cornely“, Wilhelmstr. 23.
Gröben-Riesla. (Fabrikbranche.) 4 1/2 Uhr im Gasthaus zu Gröben.
Gannover. (Konditoren.) 8 Uhr im Hotel „Zur Post“, Rosenstraße.
Eisleben i. Rhld. (Mitgliederversammlung.)
Wiesbaden. (Konditoren.) 8 Uhr, Restaurant „Bürgerhof“, Michelberg.
Donnerstag, 1. September:
Bamberg. 8 Uhr im „Spateubrau“, Am Buttermarkt.
Erla a. Rh. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im Restaurant „Graf Seppelin“, Stretzeugstraße.
Emden. 7 Uhr im „Friesenhof“, Am neuen Markt.
Eisenach. 8 Uhr im „Bühnenhof“.
Eisenburg. 7 Uhr in der „Lambertshalle“.
Hildesheim i. S. 8 Uhr, Restaurant „Zur Linde“, Galticher Straße 65.
Wahlhausen i. Th. 7 Uhr im Restaurant „Blodachs Gde“.
Oberhausen i. Rhld. (Konditoren.) 8 Uhr, „Zum Adler“, Rolandstraße.
Saarbrücken. Bei Frohn, Kaiserstr. 48.
Senftenberg. 7 Uhr im „Gesellschaftshaus“.
Stettin. (Konditoren.) Bei Begrow, Kartuschkstr. 11.
Stuttgart. (Konditoren.) 8 Uhr im Restaurant Stecher, Sophienstr. 19.
Stuttgart. (Bäcker.) 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Göttinger Straße 18.
Worms. 7 1/2 Uhr im Restaurant „Zur Krone“, Friedrichstraße.
Freitag, 2. September:
Burg i. Magdeburg. 8 Uhr im „Wilhelmsgarten“.
Erfurt i. Th. „Zur guten Quelle“, Komstr. 18.
Halle i. W. 8 Uhr im „Schützenhaus“.
Hildesheim. 8 Uhr bei Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 88.
Schwerin i. W. 8 Uhr bei Steinhäuser, Sünder Straße.
Samstag, 3. September:
Gera. 7 Uhr im Gasthaus „Zur goldenen Angel“, Neustadtplatz.
Grevesmühl. 8 Uhr bei Hofmeister, „Deutsches Haus“.
Jena. 8 Uhr im Hotel „Zum Löwen“.
Suhl i. Th. 7 Uhr im Restaurant „Zur Badeanstalt“.
Sonntag, 4. September:
Hannover i. Erzg. (Bezirksverf.) 2 Uhr im Restaurant „Zur Post“, Am Stadtweg.
Leipzig. 10 Uhr bei Hb. „Zum Stern“, An der Promenade.
Dortmund. 10 Uhr, „Zum Gedeck“, Körnerplatz 3/5.
Eisenberg. 10 Uhr im Volkshaus, Ringstr. 17.
Eisenburg. 10 Uhr bei W. Schulte, „Zülfendorfer Hof“, Königstr. 114.
Eisenberg. (Schrlinge.) 2 Uhr bei Wächter, Ziegelgasse 4.
Eisenberg. 2 1/2 Uhr bei Steen, Schulstr. 44.
Eisenburg. 10 Uhr im „Victoria-Hof“, Preußische Straße 20.
Gera i. Th. 10 Uhr bei Hingert, Bahnhofsstraße.
Gera i. Th. 10 Uhr bei Geyer, Albrechtstr. 52.
Gera i. Th. (Saarrevier.) 3 Uhr in Hb. „Glashaus“, Gärtenbergstr. 11.
Gera i. Th. 2 1/2 Uhr bei Gander.
Gera i. Th. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Gera i. Th. 10 Uhr bei Hb. „Zu den Säulen“, Rennmarkt.
Gera i. Th. 10 Uhr.
Erla. 10 Uhr im Restaurant „Bavaria“, Am Bismarck.